

"Bruno Pittermann: 'Europa-nicht Europäismus'" in Arbeiter-Zeitung (1. Januar 1960)

Legende: Am 1. Januar 1960 analysiert der österreichische Vize-Bundeskanzler Bruno Pittermann in der Wiener Arbeiter-Zeitung die Kernpunkte der europäischen Integration.

Quelle: Arbeiter-Zeitung, 01.01.1960, n° 1. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"bruno_pittermann_europa_nicht_europaismus_"_in_arbeiter_zeitung_1_januar_1960-de-8b1c7cc2-a10b-49a8-9ed6-88a6824e0d7d.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Europa – nicht Europäismus

Von Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann

Als nach 1945 Befreier und Befreite aus den europäischen Staaten zu politischen Besprechungen zusammentraten, entstand das Bild des künftigen Europa. An Stelle der durch den Nationalismus gegeneinander kämpfenden Klein- und Mittelstaaten sollte ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet treten. Darin sollten, getreu den Grundsätzen der Atlantikcharta, die Völker frei von Not und Furcht leben und ihre Staaten nach den Grundsätzen der Demokratie regieren.

Noch nicht fünfzehn Jahre sind vergangen, seitdem die Waffen in Europa ruhen. Was ist von diesem politischen Konzept verwirklicht worden? In den Friedensverträgen mit den osteuropäischen Staaten, die von der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft befreit worden waren, haben sich die vier Alliierten des Weltkrieges zur Verteidigung der demokratischen Einrichtungen in diesen Staaten verpflichtet. Der aggressive Stalinismus hat dieses Versprechen gebrochen; die anderen ließen ihn gewähren.

Zur technischen Durchführung der amerikanischen Hilfe für die notleidenden Völker Europas ist die europäische Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, die OEEC., 1948 in Paris gegründet worden, der derzeit siebzehn europäische Staaten angehören. Das sind alle diesseits des Eisernen Vorhangs, mit Ausnahme Jugoslawiens und Spaniens. Die OEEC. sollte das Fundament für die künftigen Vereinigten Staaten von Europa auf der Grundlage der Gleichberechtigung und einer föderalistischen Organisation werden. Sie hat tatsächlich die Stabilisierung der europäischen Währung durchgeführt und nach Aufhören der amerikanischen Zuschüsse soviel Kraft erspart, um auch ihren schwächeren Gliedern das Mitkommen zu ermöglichen.

Schließlich mußte schrittweise die im Krieg geborene Legende von der Kollektivschuld des deutschen und italienischen Volkes zerstört werden. Auf der politischen Ebene erschien die Beseitigung des jahrhundertalten Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich als die erste Voraussetzung für eine dauernde Friedensordnung in Europa.

Die Arbeit für die friedliche Einigung Europas unmittelbar nach den entsetzlichen Ausschreitungen der nationalsozialistischen und der faschistischen Gewaltherrschaften in Deutschland und Italien, an Stelle eines menschlich verständlichen Rachefeldzuges gegen die Gewaltherrn und ihre Mitläufer, beruhte auf dem Programm jener beiden großen Gesinnungsgemeinschaften, die zuerst nach 1945 den Wiederaufbau Europas gemeinsam begannen: der sozialdemokratischen und konservativen Parteien, vor allem der katholisch-konservativen, auf dem europäischen Kontinent. Beiden gemeinsam ist das programmatische Bekenntnis zur Völkerverständigung und zur übernationalen Zusammenarbeit zu danken.

Die Demokratie war in den sozialdemokratischen Programmen immer ein Bestandteil des ideologischen Fundaments. Katholiken und Konservative, die in der Zeit zwischen den beiden Kriegen den Kampf gegen die Sozialdemokratie führten und glaubten, dafür die Demokratie opfern zu können oder zu müssen, waren durch die nationalistischen Gewaltherrschaften, die sie am eigenen Leib zu spüren bekamen, zur Demokratie bekehrt worden. Friedliche Verständigung zwischen den europäischen Völkern, entschiedener Wille zur Abwehr der stalinistischen Aggression, Demokratie und wirtschaftliche Zusammenarbeit, um den Völkern Europas ein Leben frei von Angst und Not, in Gleichberechtigung und Wohlstand zu ermöglichen, waren gleiche Forderungen in den verschiedenen Programmen. Die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, die notwendige Geschlossenheit gegen die drohende Gewaltherrschaft Stalins führten zur politischen Zusammenarbeit.

Sie ließen keinen Platz für die Gedankenwelt des überwundenen Nationalismus. Sie ließen keinen Platz für den weiteren Bestand kolonialer Vorherrschaft europäischer Völker in anderen Erdteilen, aber auch keinen Platz für die Vorherrschaft eines oder einiger europäischer Völker gegenüber den anderen. Diese Zusammenarbeit gab zugleich den vom Kommunismus überrannten Völkern im Osten Europas die Hoffnung, nach Überwindung ihrer Gewaltherrschaft ein ähnliches System der politischen Zusammenarbeit erreichen zu können wie in den demokratischen Ländern.

Und wo stehen wir heute? Das Fundament der wirtschaftlichen Vereinigung Europas in der OEEC. ist durch eine Kluft in zwei Blöcke gespalten, in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und in die Europäische Freihandelsassoziation (EWG. und EFTA.). An Stelle des durch die OEEC. in die Wege geleiteten schrittweisen Abbaues der Zoll- und Handelsschranken soll eine neue vorerst wirtschaftliche Demarkationslinie zwischen den beiden Blöcken treten. Während die Mitgliedstaaten der EFTA. (Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz) am Grundsatz der Gleichberechtigung festhalten und ihren einheimischen Parlamenten das Recht der Entscheidung über jede einzelne Maßnahme überlassen, haben die Mitgliedstaaten der EWG. (Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg) einen internationalen Vertrag geschlossen, in dem sie weitgehend auf eigenstaatliche Rechte verzichten. Dieser Vertrag schafft übernationale Einrichtungen, die nicht mehr nach demokratischen Grundsätzen organisiert sind. Der sogenannte Rat aus siebzehn Mitgliedern vereinigt gesetzgebende und vollziehende Gewalt in einem. Er bedient sich zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlüsse einer Kommission, ist aber an deren Vorlagen nicht gebunden. Nur die Kommission, nicht der Rat, ist einer sogenannten Versammlung, die das Wort Parlament bewußt vermeidet, verantwortlich. Die Verantwortlichkeit kann aber nur durch eine Zweidrittelmehrheit der Versammlung wirksam werden.

Zum Unterschied von der OEEC. und der EFTA. kann der Rat der EWG. Mehrheitsbeschlüsse fassen. 12 Stimmen auf Grund eines Vorschlages der Kommission oder 12 Stimmen, jedoch aus 4 Staaten, wenn der Rat ohne Vorschlag der Kommission beschließt, genügen für einen Beschluß, der alle Mitgliedstaaten bindet. Von den 6 Mitgliedstaaten haben Deutschland, Frankreich und Italien je 4, also zusammen 12, Belgien und Niederlande je 2, also zusammen 4, und Luxemburg 1 Stimme.

Europa 1945 – das war die ideale Welt von morgen, von gleichberechtigten Menschen und gleichberechtigten Völkern, in einer demokratischen Wirtschaftsgemeinschaft, friedlich, aber nicht wehrlos, Helfer und Freund neuerwachender Völker in anderen Erdteilen, nicht kolonialer Ausbeuter.

Europäismus heute – das ist die zum Scheitern verurteilte Methode, den Kommunismus mit dessen eigenen Waffen zu bekämpfen.

Europäismus, das ist Propaganda für die Befreiung der unter dem Kommunismus lebenden Völker und gleichzeitig Verweigerung der Freiheit gegenüber den eigenen Kolonialvölkern.

Europäismus, das ist das Klagen über die Vorherrschaft Moskaus im kommunistischen Block und gleichzeitig die Einrichtung einer Herrschaft europäischer Staaten über andere.

Europäismus, das ist die Mär von der notwendigen Kraftentfaltung zur Abwehr des Kommunismus und gleichzeitig die Schwächung des Kontrollrechtes der heimischen Parlamente und vor allem die Ausschaltung der demokratischen Arbeiterorganisationen.

Europäismus ist der Versuch, die kommunistische Gewalt durch eine andere Gewalt zu überwinden und damit der Verzicht auf die gewaltlose Überlegenheit der demokratischen Idee von Freiheit und Gleichberechtigung.

Europäismus ist Festhalten am Bestehenden um jeden Preis in einer Zeit, in der selbst die kommunistischen Machthaber das Unhaltbare einer solchen Politik bereits eingesehen haben.

So ist in einem entscheidenden Teil des demokratischen Europa an Stelle des Nationalismus der überstaatliche Europäismus getreten, der allerdings in seinen Organisationen dem schwächenden Gegeneinander des Nationalismus noch immer genügend Raum gibt.

Die Zweckpolitik des Europäismus kann aber auf die Dauer die einigende und kräftigende Idee nicht ersetzen. Diese Idee lag und liegt im ursprünglichen Europagedanken: von der Gleichberechtigung in Freiheit für alle Mitglieder des europäischen Bundes.

Je früher der Europäismus überwunden wird und durch die Kraft der großen demokratischen Gesinnungsgemeinschaften in den europäischen Gemeinschaften die Arbeit für ein blockfreies und vorherrschungsloses Europa wieder einsetzt, desto besser für alle.